

## Schnellinfo 06/2013, 13.06.2013

### Inhalt

#### In eigener Sache

- n Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 13.07.2013
- n Neue Sprachregelung für Publikationen des Flüchtlingsrats NRW
- n Treffen der Arbeitsgruppe UMF
- n Düsseldorf: Innenminister Jäger bei Podiumsdiskussion zu Abschiebehaft

#### Alpha OWL

- n Neue Beschäftigungsverordnung ab Juli in Kraft
- n Briefvorlage gegen die Einstellung der Bleiberechtsnetzwerke

#### Aus aktuellem Anlass

- n Anordnung zur Syrien-Aufnahme
- n Spenden für afghanische Familie benötigt
- n AFRO Ruhr Festival sucht Helferinnen

#### Europa

- n Europaparlament verabschiedet „Asylpaket“
- n Amnesty International: Asylpolitik der EU eines Nobelpreisträgers unwürdig
- n PRO ASYL-Aufruf für gemeinsames EU-Asylrecht
- n Grenzkontrollen im Schengen-Raum als Schutz vor „illegaler Einwanderung“
- n Schweizer stimmen für Einschränkung des Asylrechts
- n Schweiz plant weitere Einschränkung des Asylrechts

#### Deutschland

- n Armutsflüchtlinge nicht zu Feindbildern aufbauen
- n Aktionstag: PRO ASYL fordert Visaerleichterungen und Beratungshotline für syrische Flüchtlinge.

- n Antirassistische Demonstrationen in Berlin und Solingen
- n Protest auf Innenministerkonferenz in Hannover
- n Libysche Flüchtlinge in Hamburg
- n Kritikstopp-Angebot des Saarländischen Flüchtlingsrats
- n Residenzpflicht in Thüringen aufgehoben
- n Kritik am Integrationsgipfel
- n Grüne verlangen Verbesserungen bei den Therapiemöglichkeiten für Folteropfer
- n Zentralrat Deutscher Sinti und Roma beantragt Strafverfahren gegen die NPD
- n Zug der Erinnerung braucht Unterstützung

#### Nordrhein-Westfalen

- n Doppelte Staatsangehörigkeit: NRW-Initiative
- n Sachverständigenanhörung zur Situation von Roma in NRW

#### Aktuelle Rechtsprechung und Erlasse

- n Europäischer Gerichtshof stärkt Rechte von Minderjährigen im Dublin-Verfahren
- n VG Gera stoppt Abschiebung ins Kosovo
- n AG Nienburg zur Einreise mit gefälschten Papieren

#### Zahlen und Statistik

- n 7.541 Asylerstanträge im April 2013

#### Materialien

- n Neue Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

#### Termine

---

## In eigener Sache

---

### Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 13.07.2013

Datum: Samstag, 13. Juli 2013 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen, wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten finden Sie in Kürze auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Klaudia Dolk, Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann  
(Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

---

#### Neue Sprachregelung für Publikationen des Flüchtlingsrats NRW

Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

#### Treffen der Arbeitsgruppe UMF

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe unbegleitete minderjährige Flüchtlinge findet am 13.07.2013 im Anschluss an die Mitgliederversammlung in den Räumlichkeiten des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, in Bochum-Altenbochum statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

#### Düsseldorf: Innenminister Jäger bei Podiumsdiskussion zu Abschiebehaft

Vor etwa 50 Besucherinnen diskutierten am 10.06.2013 Vertreter aus Politik und Flüchtlingsinitiativen auf Einladung des Flüchtlingsrats NRW in der Volkshochschule Düsseldorf über die Praxis der Abschiebehaft in NRW. Sowohl Innenminister Ralf Jäger als auch die nordrhein-westfälische Grünen-Vorsitzende Monika Düker machten deutlich, dass eine vollständige Abschaffung der Abschiebehaft aus ihrer Sicht nicht möglich sei. Der rot-grünen Landesregierung sei es in den letzten Jahren aber gelungen, die durchschnittliche Dauer der Abschiebehaft sowie die Zahl der betroffenen Personen deutlich zu reduzieren. Diese Bemühungen sollten in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Frank Gockel vom Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft“ betonte, dass in Nordrhein-Westfalen noch immer überdurchschnittlich viele Flüchtlinge inhaftiert würden. Auch seien die Haftbedingungen im Vergleich mit den Haftanstalten anderer Länder eher restriktiv. Zudem werde in vielen Fällen Abschiebehaft zu Unrecht angeordnet, wie der Bundesgerichtshof mehrfach bestätigt habe.

### Neue Beschäftigungsverordnung ab Juli in Kraft

Zum 01.07.2013 tritt die neue Beschäftigungsverordnung in Kraft. Nachdem bereits im Februar der Bundestag die Vorlage verabschiedete, stimmte nun auch der Bundesrat der Verordnung zu.

Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten in einer Stellungnahme vom 18.4.2013 gefordert, das Arbeitsverbot gemäß § 11 BeschVerfV (neu: § 33 BeschV) für Geduldete vollständig zu streichen. Die Stellungnahme des federführenden Ausschusses für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Bundesrat vom 22.4.2013 sah zumindest noch die Aufhebung des Arbeitsverbots für Jugendliche und Heranwachsende vor. Beiden Vorschlägen folgte der Bundesrat nicht, sondern hielt am dauerhaften Arbeitsverbot nach § 33 BeschV Entwurf (derzeit § 11 BeschVerfV) für alle, auch für jugendliche Geduldete fest. Auch weitere Empfehlungen des Bundesratsausschusses, wie die Verkürzung der Wartefrist auf 6 Monate lehnte das Plenum ab. Lediglich die Gleichstellung von Asylbewerberinnen mit Geduldeten wurde übernommen. Für Geduldete ändert die neue Verordnung nur, dass nach vierjährigem Aufenthalt zwar weiterhin eine Erlaubnis der Ausländerbehörde zur Aufnahme einer Beschäftigung erforderlich ist, jedoch die Voraussetzung der Zustimmung der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) entfällt. Des Weiteren erhalten alle Ausländerinnen und Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erhalten haben,

einen uneingeschränkten Zugang zu jeder Beschäftigung, sofern sie dieses Recht nicht aufgrund des Aufenthaltsgesetzes ohnehin haben.

### Briefvorlage gegen die Einstellung der Bleiberechtsnetzwerke

Ende 2013 läuft das durch den Europäischen Sozialfond (ESF) geförderte Bundesprogramm XENOS „Arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit zumindest nachrangigem Zugang zum Arbeitsmarkt“ aus.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Fr. von der Leyen) beabsichtigt, im neuen ESF-Förderzeitraum das Programm nicht weiter fortzuführen. Zahlreicher Protest von unterschiedlichen Seiten und Institutionen gegen diese Entscheidung hat dazu geführt, dass mittels eines Prüfauftrags untersucht werden soll, ob eine weitere Förderung in irgendeiner Art und Weise im Rahmen der ESF-Programme möglich ist, damit die aufgebauten und bewährten Strukturen nicht komplett wegfallen. Es ist nun wichtig dem Anliegen weiterhin Nachdruck zu verleihen, damit die Dringlichkeit erkannt wird. Anbei veröffentlichen wir für Sie und Euch einen Brief, den Sie und Ihr als Vorlage für ein Schreiben an Eure Landtags- und Bundestagabgeordnete schicken können/t. Wir hoffen auf zahlreiche Unterstützung.

*Briefvorlage gegen die Einstellung der Bleiberechtsnetzwerke (DOC-Datei)*

---

## Aus aktuellem Anlass

---

### Anordnung des Innenministeriums zur Syrien-Aufnahme

Das Bundesministerium des Innern hat am 30.05.2013 eine Anordnung „zur vorübergehenden Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien und Anrainerstaaten Syriens“ herausgegeben. Darin konkretisiert das Ministerium die Planungen für die Aufnahme von 5000 syrischen Bürgerkriegsflüchtlin-

gen, die bereits im Juni beginnen soll. Die Aufnahme soll demnach grundsätzlich aus dem Libanon erfolgen. Die aufzunehmenden Personen müssen sich im Libanon beim UNHCR oder beim Caritas Libanon registrieren und um einen Platz in dem Aufnahmeprogramm bewerben. Bei der Aufnahme sollen humanitäre Kriterien (besondere Schutzbedürftigkeit, medizinischer Bedarf etc.), Bezüge zu Deutschland

(etwa durch familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse) sowie die „Fähigkeit, nach Konflikte einen besonderen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes zu leisten“, berücksichtigt werden. Zudem sollen „vorrangig Personen berücksichtigt werden, für die Verpflichtungserklärungen abgegeben wurden oder die Bereitschaft erklärt wurde, bei ihrer Unterbringung und Lebensunterhaltssicherung einen Beitrag zu leisten“. Die Aufnahme nach humanitären Kriterien kann jedoch nur erfolgen, wenn bereits bis zum 31.03.2013 eine Registrierung im Libanon erfolgt ist. Die von dem Aufnahmeprogramm begünstigten Personen erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre.

Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen hat eine Telefon-Hotline zum syrischen Aufnahmeprogramm der Bundesregierung eingerichtet (Tel.: 030 202 202 21) und auf seiner Website zahlreiche Informationen zum Thema zusammengefasst. Dort können auch Daten von Familienangehörigen übermittelt werden, die im Libanon als syrische Flüchtlinge registriert wurden, um sie für das Aufnahmeprogramm vorzuschlagen. Die Aufnahme von Daten ist ausschließlich über das Webformular möglich.

*UNHCR: Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien*

*Bundesministerium des Innern: Anordnung zur vorübergehenden Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien und Anrainerstaaten Syriens (30.05.2013, PDF, 1,2 MB)*

*Bundesministerium des Innern: Begleitschreiben zur Anordnung (30.05.2013, PDF, 0,7 MB)*

**Spenden für afghanische Familie benötigt**  
Die Flüchtlingsberatungsstellen der Diakonie des Kirchenkreises Jülich und des Café Zuflucht Aachen bitten um Spenden für eine afghanische Familie.

Die Eltern und ihre 4 Kinder im Alter von 3 bis 17 Jahren leben seit Dezember 2012 in Eschweiler. Durch tragische Umstände hat die Familie vor kurzem ihren ältesten Sohn verloren.

Neben dem familiären Schicksalsschlag und damit verbundenen Unkosten drohte gleichzeitig eine Dublin-Überstellung nach Österreich. Die Familie kann die Kosten für den Rechtsbeistand nicht selbst tragen und benötigt deshalb dringend finanzielle Unterstützung.

Die Diakonie und das Café Zuflucht versuchen nun, die Familie besonders bei der rechtlichen Vertretung zur Verhinderung der Zurückschiebung zu unterstützen und bitten um Spenden.

**Spendenkonto:**

Kontoinhaber: Ev. Verwaltungsamt Jülich

KD-Bank

BLZ: 350 601 90

KN: 10 10 187 016

Verwendungszweck: Afghanische Familie

### AFRO Ruhr Festival sucht Helferinnen

Die Organisatorinnen des AFRO Ruhr Festivals suchen für das diesjährige AFRO-Festival, das vom 28. bis zum 30.06.2013 im Dortmunder Fredenbaumpark stattfindet, freiwillige Helferinnen. Das Volunteer-Team des AFRO-RUHR-Festivals hilft bei der Koordination und Durchführung des Festival-Programms, um einen reibungslosen Ablauf und eine entspanntes Festivalwochenende zu garantieren. Die Tätigkeiten der Volunteers reichen vom Künstlerinnen- und Presseempfang über die Betreuung des Infostandes und Einlass, die Unterstützung beim Kinderprogramm, Dekoration und Catering, bis hin zum Stage-Management und Tätigkeit als Ansprechpartnerin und Support für Ausstellerinnen. Interessierte können sich unter der E-Mail-Adresse [info\(at\)africa-positive.de](mailto:info(at)africa-positive.de) an die Veranstalterinnen wenden.

---

## Europa

---

**Europaparlament verabschiedet „Asylpaket“**  
Das Europäische Parlament hat am 12.06.2013 ein Gesetzespaket gebilligt, das europaweit einheitliche

Standards für das Asylverfahren und die Aufnahme von Flüchtlingen gewährleisten soll. Die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL geht jedoch davon aus, dass

die neuen Richtlinien die „europäische Schutzlotterie“ nicht beenden werden. Das inhumane und unsolidarische Asylzuständigkeitssystem Dublin bleibe in seinen Grundstrukturen erhalten, die Inhaftierung von Asylsuchenden drohe zur Regel in der EU zu werden. Punktuelle Verbesserungen seien vor allem Grundsatzurteilen europäischer Gerichte zu verdanken.

*PRO ASYL: Europaparlament verabschiedet so genanntes Asylpaket (12.06.2013)*

*FAZ: Schluss mit Lotto (12.06.2013)*

### Amnesty International: Asylpolitik der EU eines Nobelpreisträgers unwürdig

Im Amnesty International Report 2013 klagt die Menschenrechtsorganisation Europas Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen an. Neben den verschärften Grenzkontrollen seien der EU vor allem die mit nordafrikanischen Staaten geschlossenen Verträge vorzuwerfen, die Abschiebungen ermöglichen und dabei den dortigen Umgang mit abgeschobenen Flüchtlingen außer Acht lassen. Amnesty fordert von Deutschland und der EU eine umfassende Unterstützung der Nachbarländer Syriens beim Umgang mit dem anhaltenden Zulauf von Flüchtlingen. Auch auf die europaweite Diskriminierung von Roma und die Praxis der rechtswidrigen Zwangsräumungen weist Amnesty hin. Des Weiteren sei die konsequente Umsetzung des im April 2013 von der UNO verabschiedeten Waffenhandelsvertrags und eine gesetzliche Festschreibung von Menschenrechtsprüfungen bei der Entscheidung über Rüstungsexporte eine Chance, viele Menschenleben zu retten. Amnesty kritisiert Deutschland zudem für einen Mangel an unabhängigen Kommissionen, die in der Lage sind, rassistische Angriffe oder polizeiliche Übergriffe ohne Einflussnahme zu überprüfen.

*Süddeutsche Zeitung: Amnesty greift EU an (23.05.2013)*

*Amnesty International: Report 2013*

### PRO ASYL-Aufruf für gemeinsames EU-Asylrecht

Anlässlich des 20. Jahrestages der tiefgreifenden Änderungen im Asylrecht vom 26.05.1993 klagt PRO

ASYL in einer Pressemitteilung vom 23.05.2013 die europäischen Entwicklungen der europäischen Asylpolitik an. Die Flüchtlingsorganisation fordert eine Abkehr von der Abschottungspolitik der EU hin zu einem gemeinsamen europäischen Asylrecht mit hohem Schutzniveau und einer aktiven Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten.

*PRO ASYL: 20 Jahre Änderung des Grundrechts auf Asyl (23.05.2013)*

### Grenzkontrollen im Schengen-Raum als Schutz vor „illegaler Einwanderung“

Die EU-Staaten, das Europaparlament und die EU-Kommission haben sich mit der Ermöglichung von Grenzkontrollen „im Notfall“ auf ein weiteres Mittel zur Flüchtlingsabwehr geeinigt. Forderungen von Bundesinnenminister Friedrich folgend, kann ein Schengen-Staat voraussichtlich ab Herbst 2014 für einen Zeitraum von bis zu 2 Jahren wieder Grenzkontrollen durchführen. Aus Brüssel hieß es, die Regelung sei an strenge Formalien geknüpft; die Dehnbarkeit des Begriffs „Notfall“ steht dazu im Widerspruch. Einreisende Flüchtlinge werden in der Begründung mit einer „massiven“ Bedrohung der inneren Sicherheit gleichgesetzt. Nachdem Innenminister Friedrich schon im März erfolgreich die Erweiterung des Schengen-Raumes um Rumänien und Bulgarien verhindert hat, dient auch dieses Instrument einer umfassenderen Abschottung Europas. Ein Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hat einem Bericht der TAZ zufolge rückläufige Zahlen der Flüchtlinge, die über Griechenland nach Deutschland kommen, ergeben: 3617 Personen seien es in 2012 gegenüber 4630 im Vorjahr gewesen.

*TAZ: Flüchtlingsansturm fällt aus (02.06.2013)*

### Schweizer stimmen für Einschränkung des Asylrechts

In einem Referendum haben sich am 09.06.2013 fast 80 Prozent der Wählerinnen für eine Einschränkung des Asylrechts in der Schweiz ausgesprochen. Sie bestätigten damit eine bereits in Kraft getretene Neuregelung, die das Parlament im September 2012 verabschiedet hatte. Demnach werden Kriegsdienstverweigerung und Desertion nicht mehr als Asylgründe anerkannt. Zudem wird die Möglichkeit, im

Ausland Asyl in einer schweizerischen Botschaft zu beantragen, abgeschafft.

*Spiegel: Große Mehrheit der Schweizer für verschärftes Asylgesetz (09.06.2013)*

### Schweiz plant weitere Einschränkung des Asylrechts

Das Schweizer Bundesamt für Migration hat einen unmissverständlichen "Informationsclip für Balkanstaaten" auf neun Sprachen veröffentlicht. Ziel der Videos ist offenbar die Abschreckung möglicher Asylbewerberinnen aus der Balkanregion, die von

den Schweizer Behörden möglichst im 48-Stunden-Verfahren ohne weitere Hilfe ins „verfolgungssichere Herkunftsland“ zurückgesendet werden. Zu den sicheren Staaten gehören seit März 2013 auch die Republik Kosovo und Georgien. Über mögliche weitere Verschärfungen des Asylrechts in der Schweiz wird am 9. Juni 2013 per Volksabstimmung entschieden.

*SRF: Unnötige Verschärfung oder nötige Revision? (15.05.2013)*

---

## Deutschland

---

### Armutsfüchtlinge nicht zu Feindbildern aufbauen

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 24.04.2013 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke bezüglich der Haltung der Bundesregierung zum Umgang mit EU-Bürgerinnen aus Rumänien und Bulgarien entsprechende Aussagen und Forderungen des Bundesinnenministers Friedrich entkräftet: „Die Bundesregierung teilt [...] die Auffassung, dass es sich bei der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nicht in erster Linie um sogenannte ‚Armutsfüchtlinge‘ handelt“. Auch die Arbeitslosenquote liege vielmehr deutlich unterhalb des Durchschnitts aller Ausländerinnen. „Die Behauptungen über massiven Missbrauch der Sozialsysteme durch sogenannte Armutsmigranten aus Bulgarien und Rumänien haben null Substanz“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke, die Ergebnisse.

*Junge Welt: Feindbild Armutsfüchtling (30.04.2013)*

### Aktionstag: PRO ASYL fordert Visaerleichterungen und bundesweite Beratungshotline für syrische Flüchtlinge.

Am 16.05.2013 haben PRO ASYL und 28 weitere deutsche Hilfsorganisationen mit geschwärzten Bildschirmen und der Botschaft „Stopp – Schau hin!“ zu mehr Solidarität mit syrischen Flüchtlingen aufgerufen. Die gemeinsame Aktion sollte die Aufmerksam-

keit in Deutschland auf die seit über zwei Jahren andauernde humanitäre Katastrophe in Syrien lenken und das politische und gesellschaftliche Engagement für ein Ende der Gewalt bestärken. Gleichzeitig wurde an Bund und Länder appelliert, konkrete Hilfsmaßnahmen und die finanzielle Unterstützung der Erstaufnahmestaaten und des UNHCR zu verstärken und darüber hinaus Kriegsflüchtlingen die Einreise zu ermöglichen.

*PRO ASYL: STOPP. Schau hin! - Aktionstag für Opfer der Syrienkrise (15.05.2013)*

### Antirassistische Demonstrationen in Berlin und Solingen

Anlässlich des 20. Jahrestages der Änderung des Grundrechts auf Asyl und dem Brandanschlag von Solingen demonstrierten am 25.05.2013 in Berlin mehr als 1000 Menschen gegen Rassismus und eine rigide Asylpolitik. Zu den Forderungen, die auf Transparenten und in Sprechchören kundgegeben wurden, gehören die Abschaffung der Residenzpflicht, ein umfassender Abschiebestopp sowie die Schließung der Flüchtlingslager. Die wegen des starken Regens verkürzte Demonstration zeigte Solidarität mit den aktuellen Flüchtlingsprotesten. In Solingen gingen am gleichen Tag bis zu 2000 Menschen auf die Straße, um an den Brandanschlag vom 29.05.1993 zu erinnern. Bei

dem von Neonazis verursachten Brand in einem Solinger Familienhaus waren vor 20 Jahren fünf junge Menschen ums Leben gekommen.

*Zeit: Die Erinnerung wach halten (29.05.2013)*

### Protest als Antwort auf Innenministerkonferenz in Hannover

Parallel zur Innenministerkonferenz fand vom 21. bis zum 24.05.2013 eine von der Flüchtlingsgruppe „Jugendliche ohne Grenzen“ (JoG) in Kooperation mit PRO ASYL und weiteren Initiativen initiierte Gegenkonferenz statt. Bei einer von JoG organisierten Demonstration gingen am 22.05. in Hannover etwa 300 Demonstrantinnen für ein neues Bleiberecht auf die Straße.

Im Rahmen der Gegenkonferenz wurde Bayerns Innenminister Joachim Herrmann - bereits zum zweiten Mal - zum „Abschiebeminister des Jahres“ ernannt. Die rigide Abschiebepolitik Bayerns wird insbesondere wegen der forcierten Abschiebung von Afghanen kritisiert. Ein Mitarbeiter des bayrischen Innenministeriums nahm den Preis stellvertretend für Minister Herrmann entgegen.

*Jugendliche ohne Grenzen: Abschiebeminister 2013 wird Joachim Herrmann (23.05.2013)*

### Libysche Flüchtlinge in Hamburg

Die Situation und der Verbleib der 300 obdachlosen afrikanischen Flüchtlinge in Hamburg bleibt weiter unklar. Die Männer und Frauen aus Libyen, Ghana und Togo, die wegen des Bürgerkriegs in Libyen nach Italien geflogen waren, hatten von den italienischen Behörden 500 Euro bekommen und die Erlaubnis erhalten, sich innerhalb des Schengen-Raums frei zu bewegen. Sie waren daraufhin in der Hoffnung nach Hamburg gereist, dauerhaft in Deutschland bleiben zu können. Auch nachdem sich die Flüchtlinge mehrfach hilfesuchend an die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft und an Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) gewandt haben und sich die Aktionsgruppe „Lampedusa in Hamburg“ formiert hat, bleiben die Gespräche bislang ergebnislos. Sozialsenator Scheele (SPD) habe den Flüchtlingen angeboten, eine Rückfahrkarte ins Erstaufnahmeland Italien zu bezahlen - Hilfestellungen anderer Art scheint die Hansestadt nicht leisten zu wollen. Derzeit wird jedoch mit Dia-

konie und Nordkirche über Möglichkeiten der vorläufigen Unterbringung verhandelt. Wie Anfang Juni bekannt wurde, sollen nun rund 70 der 300 Flüchtlinge längerfristig in der Hamburger St.-Pauli-Kirche unterkommen. Nach Ansicht Italiens verstößt die Ausstellung von Visa nicht gegen geltendes EU-Recht.

*Spiegel: Italien soll afrikanische Flüchtlinge mit 500 Euro aus dem Land geschickt haben (28.05.2013)*

### Kritikstopp-Angebot des Saarländischen Flüchtlingsrats

Der Saarländische Flüchtlingsrat hat der Saarbrücker Landesregierung ein ungewöhnliches Angebot unterbreitet. In einer Pressemitteilung vom 22.05.2013 erklärt Vorstandsmitglied Peter Norbert, dass der Flüchtlingsrat bereit wäre, für drei Monate jegliche öffentliche Kritik an der Landesregierung zu unterlassen, wenn diese im Gegenzug die „entwürdigenden Lebensmittelpakete für alle Flüchtlinge im Lager Lebach bis zur Bundestagswahl“ abschaffen würde.

*Saarländischer Flüchtlingsrat: Flüchtlingsrat bietet einen dreimonatigen Kritik-Stopp an (22.05.2013, PDF, 0,1 MB)*

### Residenzpflicht in Thüringen aufgehoben

Der Flüchtlingsrat Thüringen gibt in einer Pressemitteilung von 22.05.2013 bekannt, dass sich die Landesregierung „dem Druck von Flüchtlingen, Flüchtlingsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und einer Vielzahl anderer Organisationen beugen musste“ und die Residenzpflicht innerhalb Thüringens aufheben wird. Zu verdanken ist dieser Schritt wohl unter anderem der Kampagne „Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht. Residenzpflicht abschaffen!“. Der Flüchtlingsrat Thüringen fordert, die Residenzpflicht bundesweit vollständig abzuschaffen.

*Flüchtlingsrat Thüringen: Erfolg eines langen Kampfes und einer erfolgreichen Kampagne (22.05.2013)*

### Kritik am Integrationsgipfel

PRO ASYL, der Interkulturelle Rat und der Verband binationaler Familien und Partnerschaften wirft der Bundesregierung vor, den Integrationsgipfel am

28.05.2013 nicht genutzt zu haben, um auf das Thema Rassismus aufmerksam zu machen. Vor allem in Anbetracht der zeitlichen Nähe zum 20. Jahrestag der Solinger Anschläge, sei der Gipfel eine „vertane Chance im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung“, heißt es in der Pressemitteilung. Notwendig hingegen sei eine umfassende und handlungsorientierte gesamtgesellschaftliche Strategie, die Vorurteils- und Ausgrenzungsstrukturen benennt und überwinden hilft und auch den rechtlichen Schutz vor Rassismus und Diskriminierung ausweitet.

*PRO ASYL: Integrationsgipfel 20 Jahre nach Solingen (28.05.2013)*

**Grüne verlangen Verbesserungen bei den Therapiemöglichkeiten für Folteropfer**  
Maria Klein-Schmeink, Gesundheitsexpertin der Grünen im Bundestag, weist auf die problematische Situation in deutschen psychosozialen Behandlungszentren hin. Eine Erweiterung des Therapieangebotes für Folteropfer aus anderen Ländern sei dringend notwendig, da die existierenden Behandlungszentren hoffnungslos überlaufen und die Wartezeiten nicht zu verantworten seien. Die Grünen-Politikerin forderte die Bundesregierung auf, ein Konzept für eine bessere Versorgung und geregelte Verfahren vorzulegen. Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer hatte bereits große Lücken bei den Hilfen beklagt.

*evangelisch.de: Zu wenig Hilfe für Folteropfer in Deutschland (21.05.2013)*

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma beantragt Strafverfahren gegen die NPD**

Bei der Staatsanwaltschaft in Duisburg ist ein Strafantrag gegen die für ein mit „Zigeunerflut stoppen! Kriminalität bekämpfen! NPD“ betitelttes Flugblatt Verantwortlichen eingegangen. In einer Pressemitteilung vom 23. Mai 2013 erklärt der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, eine Beschlagnahmung der Flugblätter beantragt zu haben und rechtlich gegen die damit betriebene rassistische Volksverhetzung vorzugehen. Auf dem Flugblatt ist im Hintergrund ein unscharfes Foto abgebildet, das eine Frau mit Kopftuch und Kinder zeigt. Im Vordergrund ist ein Foto mit dem Blick in eine Pistolenmündung und ein weiteres Foto, das eine Hand mit einem geöffneten Messer zeigt, abgebildet.

*Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: Zentralrat beantragt gegen NPD Strafverfahren und Beschlagnahme des Flugblattes „Zigeunerflut stoppen!“ (23.05.2013)*

**Zug der Erinnerung braucht Unterstützung**

Der „Zug der Erinnerung“ wird ab Ende Mai der „Reichsbahn“-Deportationen in das Vernichtungslager Sobibór gedenken. Die „Reichsbahn“ verschleppte allein im Mai und Juni 1943 mehrere tausend Kinder von Holland zur Ermordung in das NS-besetzte Polen. Um die alljährlich stattfindende Gedenkveranstaltung auch im Jahr 2013 zu ermöglichen, seien „1000 mal 40 €“ nötig und die Initiative somit auf Spenden angewiesen. Auch die aktive Teilnahme an der Aktion an den einzelnen Bahnhöfen ist ausdrücklich erwünscht. Termine und „Fahrplan“ auf [www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu).

---

## Nordrhein-Westfalen

---

**Doppelte Staatangehörigkeit: NRW-Initiative im Bundesrat**

Das Innenministerium NRW gibt in einer Pressemitteilung vom 22.05.2013 bekannt, dass die Landesregierung zusammen mit anderen Ländern im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts einbringen wird. Innenminister Ralf Jäger argumentiert, das Mehrstaatig-

keitsverbot werde der Lebenswirklichkeit nicht gerecht. Integrationsminister Guntram Schneider wies darauf hin, dass dieses Prinzip beispielsweise im Falle von Einbürgerungen von EU-Bürgerinnen mit Doppelpass bereits durchbrochen werde. Dass diese Option beispielsweise für türkische Staatsangehörige nicht bestehe, wertet er als diskriminierend. Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederum bekräftigte



auf dem Integrationsgipfel am 28.05.2013 ihr Nein in der Doppelpass-Frage. Auch am Optionsmodell, welches vorsieht, dass sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern im Alter von 23 Jahren für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen, solle festgehalten werden.

*Ministerium für Inneres und Kommunales NRW: NRW unterstützt Vorstoß im Bundesrat für die doppelte Staatsangehörigkeit und Abschaffung des Optionszwangs (22.05.2013)*

### Sachverständigenanhörung zur Situation von Roma in NRW

Am 08.05.2013 hat im Integrationsausschuss des Landes NRW eine Sachverständigenanhörung zur Situation osteuropäischer Unionsbürgerinnen - speziell zur Situation und Perspektive von Roma - stattgefunden. Thematisch standen sowohl die ab-

sehbare Überbelastung einzelner Kommunen wie die vorhandenen Probleme im Schulsystem im Raum. Birgit Zoerner, Stadträtin in Dortmund, forderte eine der Schule vorgelagerte Institution, die vorbereitend und integrierend wirke. Viele Kinder - 350 in Köln - warten derzeit auf einen Platz in der Regelschule. Auch stark kulturalisierende und öffentlichkeitswirksame Medienberichte, die Vorurteile Roma gegenüber manifestieren, wurden kritisiert. Kai Diekmann vom Caritasverband des Erzbistums Köln bemerkte, die Armutsbekämpfung müsse in den Blick genommen werden. Deniz Aksen berichtete von der kritischen Lage in Duisburg: Überforderung und offensive Feindlichkeit gegenüber Roma seien alltäglich.

*GGUA Flüchtlingshilfe: Anhörung im Integrationsausschuss NRW: Situation osteuropäischer Zuwanderer\_innen (14.05.2013)*

---

## Rechtsprechung und Erlasse

---

### Europäischer Gerichtshof stärkt Rechte von Minderjährigen im Dublin-Verfahren

Mit seinem Urteil vom 06.06.2013 (C-648/11) zur Zuständigkeit für das Asylverfahren unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge hat der Europäische Gerichtshof die Rechte der Betroffenen gestärkt. In dem vorliegenden Fall ging es um die Frage, welcher europäische Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, wenn ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling während eines laufenden Asylverfahrens das Land verlässt und in einem anderen europäischen Land einen weiteren Asylantrag stellt. In seinem Urteil hat der Europäische Gerichtshof jetzt klargestellt, dass die Zuständigkeit für die Durchführung des Verfahrens stets bei dem Staat liegt, in dem der Flüchtling zuletzt einen Asylantrag gestellt hat, wenn er sich noch in diesem Land befindet. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass das Kindeswohl bei der Bestimmung des zuständigen Staates „eine vorrangige Erwägung sein“ müsse.

*Europäischer Gerichtshof: C-648/11 (06.06.2013)*

### Verwaltungsgericht Gera stoppt Abschiebung ins Kosovo

Das Verwaltungsgericht Gera hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit seinem Urteil vom 11.04.2013 (4 K 20106/11 Ge) dazu verpflichtet, im Falle einer kosovarischen Frau zielstaatsbezogene Abschiebehindernisse nach § 60 Abs. 7 Aufenthaltsgesetz anzuerkennen. Die Frau hatte angegeben, im Kosovo im Mai 1999 mehrmals vergewaltigt worden zu sein. Das Gericht gelangte zu der Überzeugung, dass bei der Klägerin eine posttraumatische Belastungsstörung vorliege. Zwar sei eine derartige Erkrankung auch im Kosovo behandelbar. In dem konkreten Fall bestünden aber keine Zweifel, dass die Traumatisierung „ihre Ursache in den Vorkommnissen im Kosovo“ fände. Bei einer zwangsweisen Rückführung in den Kosovo sei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit einer Retraumatisierung zu rechnen.

## Amtsgericht Nienburg zur Einreise mit gefälschten Papieren

Das Amtsgericht Nienburg hat am 16.05.2013 eine afghanische Asylantragstellerin, die mit gefälschten Papieren nach Deutschland eingereist war, freigesprochen. Nach einem Bericht der TAZ vom 13.06.2013 sah das Gericht zwar den Tatbestand der Urkundenfälschung als erfüllt an. Da aber eine Notstandslage vorgelegen habe, bei der die Angeklagte keine Möglichkeit gehabt habe, sich echte Papiere zu

beschaffen, sei ihr nur die Einreise mit gefälschten Papieren geblieben. Peter Fahlbusch, der Rechtsanwalt der Angeklagten, zeigte sich mit dem Urteil zufrieden. Da Visa an Flüchtlinge nicht ausgestellt würden, seien sie gezwungen, mit gefälschten Papieren einzureisen, was ihnen strafrechtlich nicht zur Last gelegt werden dürfe.

*TAZ: Notlüge bleibt straffrei (13.06.2013)*

---

## Zahlen und Statistik

---

### 7.541 Asylerstanträge im April 2013

Im April 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 7.541 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 1.962 Personen (35,2 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat April 2012 stieg die Zahl der Asylbewerber um 4.360 Personen (137,1 Prozent).

887 Personen erhielten im April 2013 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (15,3 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem

erhielten 1.107 Personen (19,1 Prozent) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes).

Besonders deutlich stieg die Zahl der Asylbewerber aus der Russischen Föderation, für die Deutschland derzeit das wichtigste Zielland in der Europäischen Union darstellt.

*Bundesministerium des Innern: 7.541 Asylerstanträge im April 2013*

---

## Materialien

---

### Neue Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

Im April und Mai 2013 hat die Schweizerische Flüchtlingshilfe wieder mehrere aktuelle Länderanalysen veröffentlicht. Die Berichte thematisieren die psychiatrische Versorgungslage im Kongo und in Ghana sowie die Verfolgung islamischer Separatisten in

Tschetschenien. Alle Länderberichte können auf der Website der Schweizerischen Flüchtlingshilfe heruntergeladen werden.

*Schweizerische Flüchtlingshilfe: Aktuelle Berichte*

---

## Termine

---

**18.06.2013:** Konzert „Lagertour 2013 - Strom & Wasser feat. THE REFUGEES“. 20.00 Uhr, Pantheon Theater, Bundeskanzlerplatz 2-10, Bonn

Weitere Informationen finden Sie unter [www.strom-wasser.de](http://www.strom-wasser.de)

**18.06.2013:** Protestaktion gegen Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien. 8.00 Uhr, Gate F, Flughafen Düsseldorf.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.abschiebestop.blogspot.de](http://www.abschiebestop.blogspot.de)

**19.06.2013:** Infoveranstaltung zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge in NRW. 14.00 Uhr, Haus Villigst, Iserloher Straße 25, Schwerte

Weitere Informationen finden Sie unter [www.evangelisch-in-westfalen.de](http://www.evangelisch-in-westfalen.de)

**20.06.2013:** Filmvorführung und Podiumsdiskussion „Mama illegal“. 19.00 Uhr, Brotfabrik, Kreuzstraße 16, Bonn

**20.06.2013:** Vortrag „Die Situation der Roma und Sinti aus Mazedonien und Serbien“. 19.00 Uhr, Haus Mondial, Fritz-Tillmann-Straße 9, Bonn

**20.06.2013:** Vortrag „Faszination und Verachtung. Die zwei Seiten der Ausgrenzung von Roma-Minderheiten“. 18.00 Uhr, ROM e.V., Venloer Wall 17, Köln

**21.06.2013:** Tagung „Fremdheit und Armut in der Dortmunder Nordstadt“. 09.30 bis 16.00 Uhr, Dortmund  
Weitere Informationen finden Sie unter [www.dortmund.de](http://www.dortmund.de)

**23.06.2013:** Konzert „Lagertour 2013 - Strom & Wasser feat. THE REFUGEES“. 20.00 Uhr, Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum

Weitere Informationen finden Sie unter [www.strom-wasser.de](http://www.strom-wasser.de)

